

20 Jahre EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder

Die Gewerkschaften fordern eine Industrieagenda, die für Zusammenhalt und gute Industriearbeitsplätze in Mittel- und Osteuropa sorgt

Dokument in der 29. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe verabschiedet
Brüssel, 14.-15. Mai 2024 | 2024/150

Zwanzig Jahre nach der EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) fordern die Gewerkschaften eine proaktive Industriestrategie, die den Übergang der Industrie zu Netto-Null-Emissionen unterstützt und gute Industriearbeitsplätze in der Region sichert und schafft. Wir fordern eine EU-Industriestrategie, die auf europäischer Solidarität aufbaut, um die Dekarbonisierung in allen europäischen Regionen zu ermöglichen. In einer Zeit, in der die europäischen Beschäftigten und Bürger*innen mit zahlreichen Krisen konfrontiert sind, ist es wichtig, das Vertrauen in die EU und den europäischen Grünen Deal, mit dem gute Industriearbeitsplätze in allen Regionen geschaffen werden, wiederherzustellen.

Bilanz der EU-Erweiterung: Herausforderungen und Erfolge aus der Sicht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften

Der Beitritt der MOEL zur Europäischen Union im Jahr 2004, gefolgt von weiteren Beitritten in den Jahren 2007 und 2013, markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der europäischen Geschichte. Für viele mittel- und osteuropäische Länder eröffnete der EU-Beitritt die Perspektive eines wirtschaftlichen Aufschwungs und politischer Stabilität, und für Unternehmen bot er die Möglichkeit, an günstige und gut ausgebildete Arbeitskräfte zu gelangen, Märkte in Osteuropa zu erschließen und ihre Produktion in Länder mit niedrigeren Kosten zu verlagern.

- **Neoliberalismus und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten**

Der Neoliberalismus, der sich seit der Einleitung der Transformationsprozesse in den 1990er-Jahren in den Beitrittsländern ausbreitete, brachte eine massive Einschränkung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte mit sich. Diese Rechte waren zum Zeitpunkt des EU-Beitritts bereits erheblich beschnitten worden. In den Jahren nach der Osterweiterung wurden schwerwiegende Fehler und Versäumnisse begangen. Die Europäischen Institutionen folgten im Wesentlichen dem Wettbewerbsparadigma und den Interessen der transnationalen Unternehmen, die die neuen EU-Länder zur verlängerten Werkbank des Westens machen wollten, und taten wenig bis nichts, um Gewerkschaften, den sozialen Dialog, Arbeitnehmerbeteiligung oder die Tarifsysteme der neuen Beitrittsländer zu stärken.

- **Migration und Lohndumping**

Das niedrige Lohnniveau und die schwach ausgeprägten sozialen Sicherungssysteme, verschärft durch die Wirtschaftskrisen von 2008 bis 2010 und erneut von 2020 bis 2022, haben den Migrationsdruck erhöht.

Millionen Menschen aus den Beitrittsländern sind in andere EU-Staaten ausgewandert, um dort zu arbeiten. Die Personenfreizügigkeit führte in vielen Fällen dazu, dass ungeschützte Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen in Westeuropa schufteten, während die Bevölkerungszahlen in vielen Regionen der neuen Mitgliedsstaaten zurückgingen.

- **Auswirkungen des freien Waren- und Kapitalverkehrs**

Der freie Warenverkehr hat dazu geführt, dass Produkte aus anderen europäischen Ländern zu Dumpingpreisen inländische Waren verdrängen und die lokalen Wirtschaftszweige vernichten. Der freie Kapitalverkehr hat es westlichen Unternehmen noch leichter gemacht, sich in den neuen Mitgliedstaaten niederzulassen, wobei sie häufig von staatlichen Subventionen und Steuervergünstigungen profitierten. Bis zum heutigen Tag nutzen diese Unternehmen die laschen Arbeitsrechtsvorschriften, um insbesondere bei Verlagerungen die Arbeitsnormen zu unterlaufen und die Gewerkschaften zu schwächen.

- **Solidaritätsmaßnahmen und Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung**

Trotz dieser Herausforderungen gab es zahlreiche Solidaritätsaktionen der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung und kontinuierliche Unterstützung in der Praxis für die Gewerkschaften in den damaligen Beitrittsländern. Ziel dieser Maßnahmen war es, die Arbeitnehmerrechte sowie die Sozial- und Beteiligungsstandards zu stärken und die Gewerkschaften bei ihren ersten Schritten in der Welt der europäischen Institutionen sowie der Unterrichts- und Anhörungsgremien zu begleiten. Insgesamt hat die Osterweiterung der EU sowohl Herausforderungen als auch Erfolge gebracht. Beschäftigte und Gewerkschaften hatten mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, insbesondere bei der Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte und Arbeitsnormen, einschließlich Arbeitnehmerbeteiligung und Tarifverhandlungsmacht. Dieses Unterfangen war auch weitgehend erfolgreich, wenngleich es nach wie vor nur wenige Kolleg*innen aus den Ländern der Erweiterungsrunde 2004 gibt, die Führungsaufgaben in europäischen Gewerkschaften übernommen haben, in den Leitungsgremien der Europäischen Betriebsräte vertreten sind, in den europäischen Institutionen und überall dort aktiv sind, wo eine starke Stimme für die Beschäftigten vonnöten ist. Es gab und gibt eine Reihe von strategischen Partnerschaften zwischen Gewerkschaften, Gewerkschaftsverbänden und Stiftungen aus Ost und West. Nicht alle davon waren immer erfolgreich, aber ohne sie wäre es um die Arbeitnehmerrechte, die Arbeitnehmerbeteiligung und die Tarifverträge in ganz Europa – nicht nur in Osteuropa – wesentlich schlechter bestellt.

Es bleibt eine ständige Aufgabe, die Sozial- und Arbeitsnormen in allen EU-Ländern zu stärken und dafür zu sorgen, dass der wirtschaftliche Fortschritt allen zugutekommt und niemand zurückgelassen wird.

Gefahr eines Europas der zwei Geschwindigkeiten

Viele Beschäftigte und Bürger*innen haben in den letzten 20 Jahren vom EU-Beitritt und den Früchten der europäischen Solidarität profitiert. Zwanzig Jahre später beklagen die Gewerkschaften immer noch bestehende Ungleichheiten zwischen den Regionen und die Schwächung der Gewerkschaftsstrukturen und des sozialen Dialogs in Mittel- und Osteuropa. Der europäische Grüne Deal ist ein Mammutprojekt, das die EU nur mithilfe starker Solidarität und regionenübergreifender Zusammenarbeit umsetzen kann.

IndustriAll Europe verweist auf die vielfältigen Probleme und Herausforderungen, die im Positionspapier „Keine Region, keine Arbeitnehmerin und keinen Arbeitnehmer zurücklassen: Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung und Modernisierung der Schwerindustrie in Mittel- und Osteuropa“ aufgezeigt wurden.

Die Gewerkschaften hatten folgende Forderungen gestellt:

2021 angenommene Forderungen der Gewerkschaften aus Mittel- und Osteuropa

1. Stärkung des sozialen Dialogs
2. Einführung einer nachhaltigen Industriestrategie auf EU-, nationaler und sektoraler Ebene für die erfolgreiche Bewältigung des grünen und digitalen Wandels
3. Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf den globalen Märkten
4. Berücksichtigung regionaler/sektoraler Gegebenheiten bei der Überarbeitung von EHS und FF55
5. Entwicklung umfassender Pläne zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Umgestaltung der Wirtschaft
6. Deckung des Investitionsbedarfs sowie Überwachung und Durchsetzung der Inanspruchnahme der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)
7. Auseinandersetzung mit Verteilungseffekten im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung
8. Einführung einer gut finanzierten, aktiven Arbeitsmarktpolitik
9. Entwicklung von Qualifikations- und Weiterbildungsplänen, die unerlässlich sind, um Kompetenzlücken zu schließen und der Niedriglohnfalle sowie der Abwanderung von Fachkräften entgegenzuwirken
10. Einrichtung von Sicherheitsnetzen für den Schutz der Beschäftigten, deren Arbeitsplatz gefährdet ist
11. Steigerung der Reallöhne, um einen fairen Anteil an den Produktivitätszuwächsen zu gewährleisten und eine Lohnkonvergenz zwischen Ost- und Westeuropa zu ermöglichen

Drei Jahre nach Vorlage der Forderungen von industriAll Europe im Jahr 2021 ist die Situation weitgehend unverändert bzw. hat sich angesichts der Dringlichkeit der Dekarbonisierung und der industriellen Umgestaltung sogar noch verschärft. Die Gefahr eines Europas der zwei Geschwindigkeiten ist vor dem Hintergrund der zahlreichen Krisen und des Mangels an strategischen Antworten und Visionen gewachsen.

Zunehmende Beschleunigung der Dekarbonisierung

Mit dem Inkrafttreten der Rechtsvorschriften zum europäischen Grünen Deal wächst der Druck auf die Industrie zur Dekarbonisierung, während die Energiepreiskrise und ein globaler Subventionswettbewerb in Bezug auf saubere Technologien zu einem zunehmenden globalen Wettbewerb führen. Der Beschäftigungsanteil in der Industrie und die Bruttowertschöpfung sind in den MOE-Ländern besonders hoch. Deshalb besteht ein enormer Dekarbonisierungsbedarf, um eine Deindustrialisierung sowie eine sozioökonomische Katastrophe abzuwenden.

**EU member states with highest industry employment and GVA shares
(% of total) - 2022**



Source: Eurostat, Employment and gross value added by A*10 industry breakdowns, 2022



Quelle: E3G: INDUSTRIAL TRANSFORMATION FOR ALL EUROPEANS – NAVIGATING THE POLITICAL ECONOMY IN CENTRAL AND EASTERN EUROPE, Oktober 2023.

Vielfältige Herausforderungen

Insbesondere mit der Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems begibt sich die Industrie auf unbekanntes Terrain. In den MOEL besteht ein enormer Bedarf an sauberer Infrastruktur, vor allem an Netzen und sauberem Wasserstoff, um die Dekarbonisierung der Industrie zu unterstützen. In diesem Zusammenhang fehlt es jedoch an Industriep länen, um die Herausforderungen zu bewältigen. Fast keines der MOE-Länder verfügt über einen solchen Industriep lan.

In Verbindung mit einem Mangel an Innovationskapazitäten sowie an Kompetenzstrategien auf der Höhe der Herausforderungen der Dekarbonisierung und Modernisierung bedeutet dies düstere Aussichten für die Industriebeschäftigten in den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Für den Zusammenhalt abträglicher neuer industriepolitischer Rahmen der EU

Für den Industriep lan zum Grünen Deal (GDIP) werden keine nennenswerten EU-Mittel bereitgestellt. Der dringend benötigte EU-Souveränitätsfonds kam nicht zustande. Im Rahmen der Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) sind nur in begrenztem Umfang neue EU-Mittel vorgesehen, während der GDIP weitgehend auf einer Lockerung der Beihilferegulungen beruht. Gleichzeitig werden die strengeren Haushaltsregeln die Fähigkeit vieler Mitgliedstaaten zur Finanzierung von Investitionen beeinträchtigen. Die aktuelle EU-Strategie (mit all ihren allgemeinen Unzulänglichkeiten im Vergleich zu anderen industriepolitischen Programmen wie dem *IRA* in den USA oder dem 5-Jahres-Plan in China) birgt die Gefahr, dass die stärkeren Mitgliedstaaten weiter zulegen und die schwächeren noch weiter zurückfallen.

Die mittel- und osteuropäischen Länder sind in hohem Maße von EU-Mitteln zur Unterstützung der Dekarbonisierung abhängig. Die verfügbaren Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), dem Modernisierungsfonds, dem Fonds für einen gerechten Übergang und anderen Mechanismen sind jedoch nicht ausreichend zielgerichtet. Dies ist vor allem auf das Fehlen von Industriep länen und unzureichende Verwaltungskapazitäten zurückzuführen.

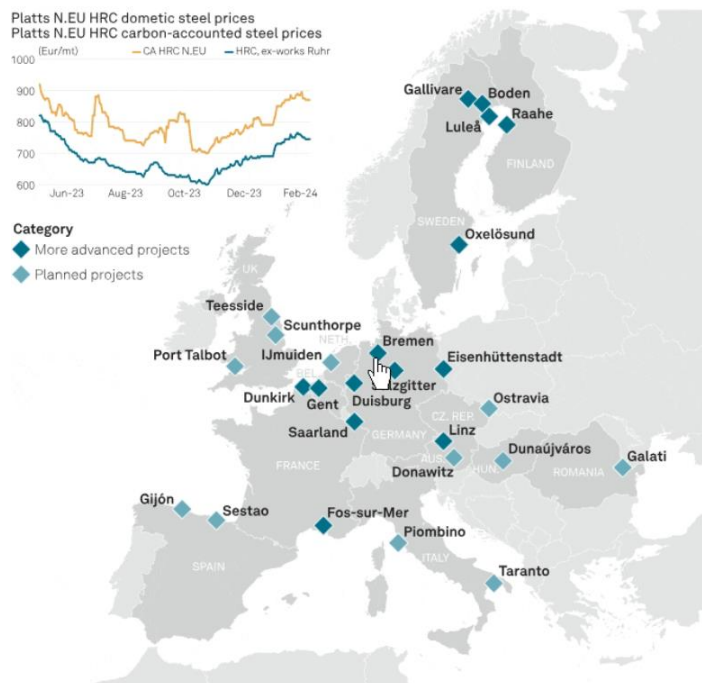
In den MOE-Ländern, deren Industrie von Technologietransfers und niedrigen Arbeitskosten geprägt ist, fehlt es an Innovation. Die FuE-Ausgaben liegen unter dem EU-Durchschnitt. Von den 184 Demonstrationsanlagen für saubere Technologien in energieintensiven Industrien, die aus EU-Mitteln und von den Mitgliedstaaten im Rahmen von IPCEI finanziert werden, befinden sich nur 11 in MOE-Ländern.¹ Dies ist kein geeignetes Rezept für ein Europa, das sich bis 2050 Netto-Null-Emissionen zum Ziel setzt und gleichzeitig den Zusammenhalt stärken und eine Aufwärtskonvergenz der EU-Mitgliedstaaten gewährleisten will.

Unternehmensstrategien könnten die Dekarbonisierungsbemühungen unterminieren

Außerdem können Unternehmensstrategien nicht vorhergesehen werden. Die Industrie in den MOE-Ländern ist stark von multinationalen Unternehmen geprägt und daher von den Investitionsentscheidungen der Unternehmen abhängig. Vor diesem Hintergrund ist es für die Industriebeschäftigten sehr besorgniserregend, dass die an den mittel- und osteuropäischen Industriestandorten erwirtschafteten Gewinne ins Ausland abfließen, ohne dass die dringend benötigte Modernisierung und Dekarbonisierung der Industrieverfahren in der Region vorangetrieben wird. Bis auf wenige Ausnahmen sind keine größeren Projekte zur Dekarbonisierung der Industrie geplant.

Roadmap of Europe's low carbon steel projects

Click on a location for more detail



Source: S&P Global Commodity Insights, Companies' data

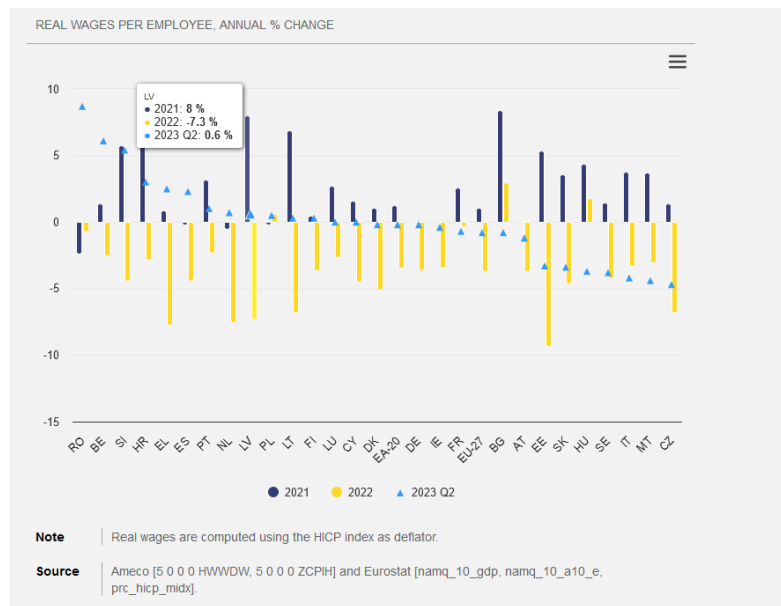
Selbst dort, wo es Dekarbonisierungspläne gibt, besteht die Gefahr, dass die Unternehmensstrategien diese untergraben. US Steel in Košice (Slowakei) beispielsweise hat konkrete Umstrukturierungspläne ausgearbeitet. Nach der jüngsten Übernahme des Werks durch Nippon Steel ist die Zukunft der 8000 Beschäftigten jedoch ungewiss.

¹ E3G: INDUSTRIAL TRANSFORMATION FOR ALL EUROPEANS – NAVIGATING THE POLITICAL ECONOMY IN CENTRAL AND EASTERN EUROPE, Oktober 2023.

Besonders schlimm ist die Situation bei GFG Alliance/Liberty Steel in Tschechien, wo die Produktion ohne Aussicht auf eine rasche Wiederaufnahme seit Wochen stillsteht und Tausende Beschäftigte nach Hause geschickt wurden, ohne zu wissen, wie es weitergeht. In Ostrava meldete der Energieversorger des Liberty-Steel-Werks, Tameh, im Dezember 2023 Insolvenz an, während 117 Unterauftragnehmer von Liberty am Standort die Folgen zu spüren bekommen und ganz ohne Heizung und Wasser dastehen. Es steht nicht nur die Zukunft des Werks in Ostrava und der 6000 Beschäftigten auf dem Spiel. Eine ganze Region und eine lokale Lieferkette mit 30 000 indirekten Arbeitsplätzen und 900 von den Liberty-Steel-Betrieben abhängigen KMU könnten den Preis für das Missmanagement zahlen.

Beschäftigte in Mittel- und Osteuropa tragen die Hauptlast

Viele MOE-Länder haben unter der durch hohe Energie- und Rohstoffpreise bedingten starken Inflation gelitten. Die markant gestiegenen Lebenshaltungskosten haben die Beschäftigten in den mittel- und osteuropäischen Ländern besonders hart getroffen, da die Tarifverträge diesen Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht ausgleichen konnten. Die Reallöhne sind in ganz Europa, insbesondere aber in den MOEL, gesunken.



Quelle: DG EMPL, Labour Market and Wage Developments in Europe 2023
<https://op.europa.eu/webpub/empl/lmwd-annual-review-leaflet-2023/>.

Dies ist umso gravierender, als der Wettbewerbsvorteil der MOE-Länder vor allem auf den niedrigen Arbeitskosten beruhte. Die Industriebeschäftigten waren schon bisher weit von einer Lohnkonvergenz entfernt und laufen nun Gefahr, den Anschluss zu verlieren, da Investitionen nur in Regionen mit reichlichem Zugang zu kohlenstoffarmen Energien und entsprechender Infrastruktur fließen könnten.

Die Industriebeschäftigten Mittel- und Osteuropas haben die Umstrukturierungen und Betriebsschließungen im Zuge der politischen Veränderungen in den 1990er-Jahren noch in schmerzhafter Erinnerung. Die Narben dieser Zeit sind geblieben, und die Befürchtung wächst, dass Dekarbonisierung nur ein anderes Wort für Deindustrialisierung und Abwanderung ist. Viele Länder in der Region leiden unter einem Braindrain, wobei Bulgarien die Rangliste der Länder mit der weltweit am schnellsten schrumpfenden Bevölkerung anführt. Die Bevölkerung des Landes ist seit 1990 um etwa ein Viertel geschrumpft und wird bis 2050 voraussichtlich um weitere 23 % zurückgehen. Hochqualifizierte Arbeitskräfte haben ihre Heimatländer wegen besserer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen anderswo

verlassen. Die gegenwärtige Unzufriedenheit birgt die Gefahr einer politischen Gegenreaktion gegen den europäischen Grünen Deal in einer Zeit, in der entschlossenes Handeln zur Bekämpfung des Klimawandels von größter Bedeutung ist.

Arbeitsbeziehungssysteme wurden geschwächt

Die Gewerkschaften in der Region beklagen eine Schwächung der Arbeitsbeziehungssysteme in den letzten Jahrzehnten. Die Tarifbindungsquote in der Region ist gering, in den meisten Ländern liegt sie unter 30 %. Tarifverhandlungen finden überwiegend auf Unternehmensebene statt, was zu unterschiedlichen Beschäftigungsbedingungen innerhalb der Branchen führt. Darüber hinaus sind die Gewerkschaften sehr besorgt über gewerkschaftsfeindliche Praktiken, die oft von Regierungen unterstützt werden, um Investitionen in die Region zu ziehen.

In Rumänien wurden die Sozialpartner nach einem Jahrzehnt ohne Tarifverträge durch ein überarbeitetes Gesetz über den sozialen Dialog zumindest auf dem Papier wieder aktiviert. In der Praxis sind die Tarifverhandlungssysteme jedoch immer noch sehr schwach ausgeprägt.

Neue Arbeitsplätze in aufstrebenden Sektoren bedeuten nicht unbedingt bessere Beschäftigungsbedingungen und existenzsichernde Löhne. In Ungarn beispielsweise haben ostasiatische Unternehmen massiv in Batteriefabriken investiert. Viele dieser Unternehmen missachten jedoch die Koalitionsfreiheit, was schlechte Arbeitsbedingungen sowie Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards zur Folge hat. Aufgrund der schlechten Arbeitsplatzqualität sind die Stellen schwer zu besetzen, weshalb die ungarische Regierung, Migrant*innen aus Drittstaaten mit geringerem Schutzniveau anwerben will.

Trotz eines umfangreichen sozialen Besitzstandes der EU im Bereich der Arbeitnehmerbeteiligung mit nicht weniger als 45 europäischen Richtlinien, die Unterrichts- und Anhörungsrechte auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene gewähren, bestehen weiterhin große Diskrepanzen zwischen den Mitgliedsstaaten vor der EU-Erweiterung und den MOE-Staaten. Ein qualitativ hochwertiger, rechtzeitiger und effektiver Dialog mit der Unternehmensleitung über die Unternehmensstrategie, die Beschäftigungsaussichten und die Arbeitsbedingungen bleibt ein Wunschtraum, und die Gewerkschaften in den MOE-Staaten werden daran gehindert, den Wandel zu antizipieren und Alternativen zu Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen zu diskutieren.

Index der Arbeitsbeziehungen, EU und Mitgliedstaaten, 2018-2021

	<i>Industrial relations</i>	<i>Industrial democracy</i>	<i>Industrial competitiveness</i>	<i>Social justice</i>	<i>Quality of work and employment</i>
Denmark	73.7	81.0	72.9	72.1	69.2
Finland	72.4	77.1	73.7	74.3	65.0
Netherlands	72.4	78.2	75.4	71.3	65.3
Austria	71.1	77.6	70.5	66.5	70.1
Sweden	71.1	86.7	72.4	66.8	60.9
Germany	65.6	64.0	70.6	59.9	68.2
Luxembourg	64.3	70.7	65.4	52.4	70.7
Belgium	61.9	63.7	71.9	58.5	54.7
Ireland	58.6	49.8	58.5	66.9	60.6
Slovenia	56.6	61.4	48.2	62.3	55.6
France	52.4	64.0	66.2	51.2	34.7
Czechia	51.9	58.0	48.2	59.4	43.7
EU27	49.9	53.6	49.9	50.5	48.1

	<i>Industrial relations</i>	<i>Industrial democracy</i>	<i>Industrial competitiveness</i>	<i>Social justice</i>	<i>Quality of work and employment</i>
EU27	49.9	53.6	49.9	50.5	48.1
Estonia	48.9	33.4	49.4	54.9	63.1
Malta	44.5	36.0	40.1	46.5	58.1
Lithuania	43.8	41.0	39.2	46.8	48.9
Spain	40.9	58.5	45.6	29.4	35.7
Croatia	40.0	54.9	33.6	45.6	30.5
Latvia	39.1	33.1	33.2	44.6	47.8
Italy	38.9	49.9	50.9	30.4	29.8
Poland	38.8	36.0	34.5	53.5	33.9
Slovakia	38.6	48.2	34.6	48.3	27.5
Portugal	38.5	38.3	45.0	33.2	38.6
Cyprus	38.4	44.8	37.2	47.0	27.8
Hungary	36.7	29.9	35.3	37.0	46.5
Greece	29.5	37.1	35.5	25.2	22.8
Bulgaria	29.5	35.6	18.7	30.0	37.5
Romania	29.2	39.3	20.8	28.4	31.2

Quelle: Eurofound (2023) [Measuring key dimensions of industrial relations and industrial democracy \(2023 update\)](#)

Die Gewerkschaften fordern Industriestrategien, die den Zusammenhalt fördern und hochwertige Arbeitsplätze sichern und schaffen

1. EU-Industriestrategie im Einklang mit den Kohäsionszielen

Der Industrieplan zum Grünen Deal (GDIP) und die Vorlage einer EU-weiten Industriestrategie werden zwar begrüßt, der Plan ist jedoch lediglich reaktiv und geht nicht auf die regionale Dimension der Dekarbonisierung und die Anforderungen der industriellen Umgestaltung ein. Insbesondere muss der GDIP von einem Investitionsplan flankiert werden, mit dem die Dekarbonisierung und gute Industriearbeitsplätze in allen Regionen mit industrieller Fertigung gefördert werden.

Wir fordern einen übergreifenden und proaktiven europäischen Industrieplan zur Umgestaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verhinderung größerer regionaler Ungleichheiten. Die Gewerkschaften beobachten mit Besorgnis den wachsenden Unmut gegenüber dem europäischen Grünen Deal in der Bevölkerung, da er für Werksschließungen und Entlassungen verantwortlich gemacht wird. Wir brauchen dringend einen EU-Industrieplan, der auf europäischer Solidarität und gestärkte europäische industrielle Wertschöpfungsketten beruht und die Arbeitnehmerrechte achtet.

2. EU-Investitionsplan zur Förderung der Dekarbonisierung und guter Industriearbeitsplätze in Europas Regionen

Um die mittel- und langfristigen Ziele der EU zu erreichen, ist es dringend geboten, die Investitionslücken zu schließen, insbesondere vor dem Hintergrund des Auslaufens wichtiger EU-Fonds im Jahr 2026. Der durch den Grünen Deal (und die Reaktion der EU auf den Krieg in der Ukraine) ausgelöste Investitionsbedarf ist beispiellos: Die Kommission geht davon aus, dass für die Umsetzung des europäischen Grünen Deals und des REPowerEU-Plans jährlich rund 620 Mrd. EUR an öffentlichen und privaten Investitionen erforderlich sind. Um die Ziele der Netto-Null-Industrie-Verordnung im Zeitraum 2023–2030 zu erreichen, werden zusätzliche 92 Mrd. € benötigt. Der GDIP der EU wird hauptsächlich über staatliche Beihilfen finanziert ([Befristeter Krisenrahmen für staatliche Beihilfen, AGVO](#)), was die Gefahr einer Vergrößerung des Gefälles zwischen den Mitgliedstaaten und den Regionen birgt. Der EU-Souveränitätsfonds wurde nie umgesetzt, und die Plattform für strategische Technologien für Europa ist mit nur sehr begrenzten neuen Mitteln (10 Mrd. EUR) ausgestattet. Vor dem Hintergrund sehr begrenzter Haushaltskapazitäten in vielen EU-Mitgliedsländern könnte der Rückgriff auf staatliche Beihilfen als hauptsächliches Mittel zur Finanzierung des Wandels die kollektiven Bemühungen der EU zur Dekarbonisierung und für einen gerechten Übergang untergraben. Dadurch droht eine noch stärkere Fragmentierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten, denn die Gewinner werden gestärkt und die schon bisher Abgehängten weiter geschwächt.

3. Sparpolitik mit erfolgreicher Dekarbonisierung unvereinbar

Der Vorschlag für strengere Haushaltsregeln könnte die Dekarbonisierung in der gesamten EU gefährden und zu einer Vertiefung der Kluft zwischen Gewinnern und Abgehängten führen. Die verheerenden Auswirkungen der Sparpolitik konnten wir bereits nach der letzten Finanzkrise beobachten. Sie haben öffentliche und private Investitionen gebremst und zur Vernichtung von 2,5 Mio. Industriearbeitsplätzen seit 2008 in der EU geführt.

Öffentliche Risikominderung für private Investitionen in neue und saubere Technologien ist unerlässlich. Aber staatliche Finanzierung muss auch eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung privater Investitionen spielen. Mehrere Analysen haben gezeigt, dass strenge Haushaltsvorschriften Klimainvestitionen in den meisten EU-Mitgliedstaaten erschweren. Die MOE-Länder sind besonders gefährdet, da sie nicht in der Lage sind, in die Dekarbonisierung und die erforderliche Infrastruktur zu investieren. Wir fordern die Staats- und Regierungschef*innen der EU auf, im Rahmen eines proaktiven Plans für die EU-Industriepolitik den steuerpolitischen Rahmen für die kommenden Jahre zu überdenken und neu zu bewerten.

4. Industriepläne auf nationaler Ebene und erforderliche Stärkung der Verwaltungskapazitäten für die Bewältigung der Dekarbonisierung

Wir fordern die nationalen Regierungen auf, nationale Industriepläne zu erstellen. Industriepläne auf nationaler Ebene sind unverzichtbar, um für Sicherheit und die Lenkung von öffentlichen und privaten Investitionen zu sorgen. Sie sind auch der Schlüssel für eine kohärente und strategische Nutzung von EU-Fonds wie dem Kohäsions- und dem Modernisierungsfonds sowie der Einnahmen aus dem EU-EHS und für Investitionen in die dringend benötigte Infrastruktur für saubere Energie.

Es gibt großes Potenzial für eine dekarbonisierte Energieinfrastruktur in den MOE-Ländern. Industriestrategien auf nationaler Ebene und die regionale Zusammenarbeit zwischen den MOE-Ländern sind der Schlüssel für die Erschließung dieser Potenziale. Die Verwaltungskapazitäten müssen gestärkt werden, um eine umfassende strategische Planung zu gewährleisten. Die Gewerkschaften müssen im

Rahmen eines wirksamen sozialen Dialogs unbedingt in die Planungs- und -finanzierungsstrategien einbezogen werden, um die Antizipation und Bewältigung des Wandels und einen gerechten Übergang zu unterstützen.

5. Ausarbeitung von Kompetenzstrategien und Modernisierung der Bildungssysteme

Die MOE-Länder müssen umfassende Kompetenzstrategien erstellen und ihre Bildungssysteme modernisieren, um den Anforderungen der Dekarbonisierung und der sich verändernden industriellen Verfahren und Technologien gerecht zu werden. Fachkräfte sind ein Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und werden in allen Sektoren des verarbeitenden Gewerbes benötigt. Die Gewerkschaften sollten mit am Tisch sitzen, da sie am besten wissen, welche Kompetenzen gefragt sein werden. Um den kritischen Mangel an Fachkräften zu beheben, müssen wir uns auf die Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie der Arbeitsplätze in den Regionen konzentrieren.

6. Stärkung des sozialen Dialogs für hochwertige Arbeitsplätze

Die mittel- und osteuropäischen Gewerkschaften fordern einen wirksamen sozialen Dialog auf allen Ebenen (betrieblich, sektoral und national) sowie eine wirksame Unterrichtung und Anhörung in den Unternehmen. Die Gewerkschaften müssen umfassender an der Ausarbeitung von Industrie-, Branchen- und Unternehmensplänen beteiligt werden. Die Tarifbindung muss erhöht werden. Dementsprechend wird die umfassende Umsetzung und Durchführung der Mindestlohnrichtlinie von entscheidender Bedeutung sein.

Wir fordern eine Stärkung der Branchentarifverhandlungen, um die Konvergenz unter den Beschäftigten und die Qualität der Beschäftigung in den verschiedenen Sektoren zu verbessern. In einer Zeit, in der die Unternehmen über Arbeitskräftemangel klagen, sollten die Gewerkschaften aktiv in den Prozess eingebunden und beteiligt werden. Eine starke industrielle Fertigung, nahtlose Arbeitsplatzwechsel und Arbeitsplatzqualität können nur durch einen wirksamen sozialen Dialog gewährleistet werden.

7. Recht zu bleiben und Recht auf nahtlosen Arbeitsplatzwechsel

Dekarbonisierung darf nicht Deindustrialisierung und Abwanderung aus den Industriegebieten bedeuten. Ein gerechter Übergang heißt, dass Beschäftigte und junge Menschen nicht gezwungen werden, ihre Region zu verlassen, sondern dass in derselben Region und auf lokaler Ebene gleichwertige Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Grundfreiheit der Arbeitnehmerfreizügigkeit muss durch eine Grundfreiheit ergänzt werden, sich für das Bleiben zu entscheiden und hochwertige Arbeitsplätze in der Region oder vor Ort zu finden!

8. Instrumente zur Überwachung von Investitionen, EU-Mitteln und staatlichen Beihilfen und deren Verwendung zur Gewährleistung nachhaltiger Auswirkungen vor Ort

Wir brauchen starke Instrumente und Mechanismen zur Überwachung von Investitionen, der Verwendung von EU-Mitteln und staatlichen Beihilfen, um deren Auswirkungen zu verstehen (nicht nur in Mittel- und Osteuropa). Wir betonen die entscheidende Rolle, die sowohl OLAF als auch EPPO spielen, insbesondere bei der Untersuchung der Verwendung von RRF-Mitteln, und die Notwendigkeit einer strengen Kontrolle, um zu sehen, wohin die EU-Mittel fließen und wie sie verwendet werden. Dies muss um einen umfassenden Schutz für diejenigen ergänzt werden, die Betrug, Korruption und Missbrauch von Mitteln aufdecken. Darüber hinaus muss bei Unternehmen, die öffentliche Gelder erhalten, geprüft werden, wohin ihre Gewinne fließen. Soziale Verantwortung der Unternehmen bedeutet, dass die in den MOE-Staaten erzielten Gewinne in die Dekarbonisierung und gute Arbeitsplätze reinvestiert werden. Wir

fordern soziale Auflagen, die nicht nur an EU-Mittel, sondern auch an jede Art von nationalen öffentlichen Mitteln und staatlichen Beihilfen geknüpft sind, um die Unternehmen zu verpflichten, die Sicherheit der Standorte zu gewährleisten, die Gewerkschaften zu respektieren, sich am sozialen Dialog und an Tarifverhandlungen zu beteiligen und für eine wirksame Unterrichtung und Anhörung zu sorgen. Multinationalen Unternehmen obliegt eine Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung von Industriestandorten und das Wohlergehen der Beschäftigten.

9. Aufbau von Gewerkschaftsmacht für hochwertige Arbeitsplätze in Mittel- und Osteuropa

Als Gewerkschaften sind wir solidarisch und verpflichten uns, die Beschäftigten im Kampf gegen unsichere Arbeitsverhältnisse zu unterstützen, für angemessene Entgelte, gute Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben einzustehen und gegen Verletzungen der Arbeitnehmerrechte vorzugehen. 20 Jahre nach der Erweiterung stehen die Gewerkschaften erneut vor einer schwierigen Aufgabe. Viele Beschäftigte in Europa sind verunsichert und daher anfällig für Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit. In den meisten europäischen Ländern müssen die Arbeitnehmer*innen immer härter arbeiten, um über die Runden zu kommen. Der vermeintliche Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt durch ausländische Arbeitskräfte und die Angst vor dem Verlust der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität haben einem Protestwahlverhalten Vorschub geleistet. Der Organisationsgrad und die Tarifbindungsquote sind zurückgegangen.

Gemeinsam mit unserem Organizer-Team arbeiten wir am Aufbau von Gewerkschaftsmacht, um sicherzustellen, dass jedes Unternehmen und jeder Arbeitsplatz gewerkschaftlich erschlossen sind und funktionierende Strukturen für den sozialen Dialog vorhanden sind. Eine aktive Gewerkschaftsmitgliedschaft ist das wirksamste Mittel, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Wir fordern die nationalen Regierungen auf, die Mechanismen des sozialen Dialogs zu unterstützen und mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um gemeinsam die Aufwärtskonvergenz und gute Industriearbeitsplätze zu fördern!

Europäische Solidarität für Aufwärtskonvergenz

Zwanzig Jahre nach der EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder bekunden industriAll Europe und seine 200 Mitgliedsorganisationen ihre Einigkeit und Solidarität mit den Beschäftigten und Gewerkschaften in den MOE-Ländern. Die mittel- und osteuropäischen Staaten und ihre Beschäftigten haben zwar insgesamt von der EU-Erweiterung profitiert, aber es bestehen nach wie vor große regionale Diskrepanzen. Vor dem Hintergrund der jüngsten geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sind die Arbeitnehmer*innen vor Ort zunehmend verunsichert und besorgt. Wir müssen uns damit auseinandersetzen und eine europäische Antwort auf den globalen Wettbewerb und die Bedrohungen entwickeln.

Wir fordern ein starkes und proaktives industriepolitisches Rahmenwerk für Europa und eine gute wirtschaftspolitische Steuerung, um die Aufwärtskonvergenz zu unterstützen. Wir fordern gute Industriearbeitsplätze in Mittel- und Osteuropa sowie in ganz Europa! Die Dekarbonisierung unserer Industrien und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sind ein gemeinsames Anliegen von Gewerkschaften, Unternehmen, Behörden und EU-Institutionen. Wir fordern volle Mitsprache für die Beschäftigten und Gewerkschaften. Nichts über uns ohne uns!